

Veranstaltung
50 Jahre Griechen in Deutschland
2. Mai 2010

Die Rolle von Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeit als
Integrationsfaktor

Michael Vassiliadis

Vorsitzender IG Bergbau, Chemie, Energie

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident Petsalnikos,
sehr geehrter Herr Staatsminister Hoyer,
sehr geehrter Herr Minister Laschet,
sehr geehrte Frau Skarpelis-Sperk,
sehr geehrter Herr Chatzimarkakis,
sehr geehrter Herr Dimitriou,
Ihre Eminenz Augustinos,

Kalimera, meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es mit mir eine Ehre und Freude, als Vorsitzender der IG BCE, der drittgrößten Gewerkschaft Deutschlands auf der heutigen Festveranstaltung zum fünfzigjährigen Jubiläum des deutsch-griechischen Anwerbeabkommens zu Ihnen sprechen zu dürfen. Zumal dieses Jubiläum auch viel mit meiner eigenen persönlichen Lebensgeschichte zu tun hat.

In meinem Geburtsjahr 1964 wurde der millionste sogenannte „Gastarbeiter“ am Bahnhof mit großem Publikum und einem Moped als Geschenk gefeiert. Die Photographie dieses Ereignisses ist fest im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verhaftet.

Deutschland brauchte ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deutschland brauchte auch Griechen die bereit waren, ihre Heimat zu verlassen, um ihr Glück zu finden und Deutschlands Wohlstand weiterzuentwickeln.

Mein Vater kam 1961 aus Athen nach Deutschland, um zunächst in Essen im Kohlebergbau und später in der Chemieindustrie in Dormagen zu arbeiten. 1964 heiratete er nach erst 3 Jahren meine Mutter. Eine Deutsche. Das wirkt heute so selbstverständlich, damals war es nicht ohne Mut in beiden Familien zu machen. Und so bin ich sicher ein Kind des Anwerbeabkommens.

Für Deutschland ging es bei dem Abkommen darum, die immer größere Arbeitskräftelücke während des Wirtschaftswunders zu schließen. Die bewusste und strategische Anwerbung von Menschen anderer Nationalität hat Deutschland nachhaltig und positiv verändert. Sie hat Deutschland auch internationale Reputation und kulturelle Vielfalt erbracht. Wir alle haben auch durch diese Phase gelernt Europäer zu werden. Es ist ein wichtiges Kapitel in der Geschichte unseres Landes und auch der Gewerkschaften.

Griechen haben dabei eine lange und aktive Geschichte in die Welt hinaus zu gehen und ihrer Heimat bei aller Weltoffenheit stets verbunden und treu zu bleiben.

So gab es auch vor dem Zweiten Weltkrieg Auswanderungsbewegungen aus Griechenland, vor allem in die USA. Nach 1945 war Europa das Hauptziel. Seit Beginn der 1950er Jahre arbeiteten viele Griechen in belgischen Kohlebergwerken, sodass 1957 mit Belgien ein Anwerbeabkommen mit Griechenland geschlossen wurde. 1960 folgte dann das Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland.

Für Deutschland war der Zuzug ausländischer Arbeitsmigranten von zentraler Bedeutung, um das seit Mitte der 50er Jahre einsetzende Wirtschaftswunder fortführen zu können. Denn die Verlängerung der Ausbildungsdauer, die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit von durchschnittlich 46,1 auf 41,6 Wochenstunden sowie der Eintritt der geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge ins Erwerbsleben verringerten das heimische Arbeitskräfteangebot. Auch die Einführung der Wehrpflicht 1955 und der Bau der Berliner Mauer 1961 ließen das Arbeitskräftepotential weiter schwinden.

Es gab ein elementares wirtschaftliches und politisches Interesse Deutschlands an den Arbeitskräften aus den Ländern Europas. Deutschland selbst hat nach der Zerstörung des Landes in dem von ihm entfesselten 2. Weltkrieg mit massiver ausländischer -vor allem amerikanischer- Hilfe die Wirtschaft wieder aufgebaut und zum Erfolg gebracht. Nun brauchte Deutschland abermals Hilfe um diesen Erfolg nicht zu strangulieren.

Ein Beispiel aus der betrieblichen Praxis dieser Jahre: Die BASF in Ludwigshafen. 1960 lag die Arbeitslosenquote in Ludwigshafen bei 1,3 Prozent und Arbeitskräfte waren kaum noch zu bekommen. So schickte die Personalabteilung Mitarbeiter wie auch einen Werksarzt nach Griechenland, um sich vor Ort die Bewerber anzuschauen. Wenn sie gesund waren, erhielten sie direkt einen Arbeitsvertrag. Der Jahresvertrag sicherte ihnen 650 DM brutto im Monat zu, was für viele ein kleines Vermögen darstellte. So kamen dann auch 1960 die ersten ausländischen Arbeitnehmer zur BASF. Die meisten von ihnen aus Italien, Griechenland und später auch aus dem damaligen Jugoslawien. Über tausend Griechen fanden bis 1975 bei der BASF einen Arbeitsplatz.

In den 1960er Jahren arbeiteten die meisten ausländischen Arbeitnehmer in der Industrie; meist dort, wo schwere und schmutzige Arbeit verrichtet werden musste, wo Schichtarbeit und Akkordlohn den Arbeitsalltag bestimmten. Kurzum: Es war eine harte Arbeit.

In den Anfangsjahren stellten die Firmen Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung, sei es in Arbeiterheimen oder in Gemeinschaftsunterkünften. Auf einem Zimmer wohnten damals meist mehrere Personen zusammen. Vier Betten, eine Küche und eine Dusche für 4 – 6 Menschen, das war die Regel.

Hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung gab es innerhalb der BASF seit 1972 einen „Ausländer-Ausschuss“, der einmal im Monat tagte und eine beratende Funktion ausübte. Griechische Kollegen, die Mitglied der damaligen IG Chemie waren, arbeiteten bei den Vertrauensleuten mit.

Die deutschen Gewerkschaften waren, was die Integration der zugewanderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, führend in Europa und in der deutschen Gesellschaft. Aber es war eine große Herausforderung, die auch nicht ohne Konflikte vonstatten ging.

Es gab viele Initiativen und Aktionen, um die Integration voranzubringen. Gewerkschaftliche Gestaltung der Arbeitswelt war jedoch immer auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgerichtet.

Hier haben wir trotz vieler genereller Auseinandersetzungen über Kosten und Notwendigkeiten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die mit den Arbeitgebern zwangsläufig entstehen, auch bei den Unternehmern ein offenes Ohr vorgefunden.

Integration und kulturelle Vielfalt in den Betrieben war und ist auch eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte und führt bis heute dazu, dass wir in den Betrieben der Gesellschaft und der Politik weit vorausseilen.

Nicht zu letzt die Annerkennung der Leistung, die jeder Arbeitnehmer unabhängig seiner Nationalität erbringt, trägt dazu maßgeblich bei.

In Deutschland insgesamt musste und muss sehr wohl auch Ausländerfeindlichkeit aktiv und massiv begegnet werden. Die Gewerkschaften starteten unter dem Slogan „Mach meinen Kumpel nicht an“ eine große Kampagne.

Das Ziel der deutschen Gewerkschaften war gewerkschaftliche Organisation der ausländischen Kolleginnen und Kollegen sowie eine gemeinsame Interessenvertretung. Dabei spielte der Schutz vor Lohndumping in den Diskussionen schon damals eine große Rolle.

Denn die Einbindung der Arbeitsmigranten in das Tarifgefüge war eine ganz wichtige Voraussetzung, um einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern und die Vorstellung von einem besseren Leben in Deutschland für Einheimische wie auch Migranten zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

und wir können mit Stolz feststellen, dass unsere interkulturellen Kolleginnen und Kollegen in der IG BCE hervorragend organisiert sind; in manchen Betrieben sogar besser als deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bei der IG BCE sind 8,5 % der Mitglieder Ausländer. Mitglieder mit Migrationshintergrund sind es viel mehr, momentan können wir dies aber noch nicht quantifizieren. Wir schätzen, dass es sind weit mehr als 10 % sind.

Was die griechischen Kolleginnen und Kollegen betrifft, haben wir zurzeit 2500 Mitglieder, das entspricht 4,5 % der ausländischen Mitglieder.

Der Organisationsgrad der ausländischen Mitglieder beläuft sich immerhin im Durchschnitt über alle Branchen auf 65 %. Dies kommt nicht von ungefähr und zeigt, dass sie sich zugehörig und gut von der IG BCE vertreten fühlen.

Seit langem sind interkulturelle Kolleginnen und Kollegen, auch viele Griechinnen und Griechen, aktive Mitglieder auf allen Ebenen. Sie sind nicht nur gute Betriebsräte und Vertrauensleute, sie sind in den Vorständen der Ortsgruppen und Vertrauensleutkörper, der Bezirke und Landesbezirke vertreten, sie sind Delegierte auf Gewerkschaftskongressen und Konferenzen.

Mit Stolz können wir auch darauf hinweisen, dass es eine ganze Reihe interkulturelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer eigenen Organisation, der IG BCE, gibt. Ich weiß, dass auch die anderen DGB-Gewerkschaften interkulturelle Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

Die Integration in das Arbeitsleben und die Gesellschaft wurde von den Gewerkschaften, aber natürlich auch den Kirchen vorangetrieben. Und dies bereits zu einer Zeit, wo der Staat dieses Thema und den Konfliktstoff gar nicht gesehen hat oder sehen wollte.

„Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen“, um ein Zitat des Schriftstellers Max Frisch` aufzugreifen. Hier hat die Zivilgesellschaft viel früher als die Politik ihre Verantwortung erkannt und ist ihr - so gut wie es ging - gerecht geworden.

Denn die stärkste Kraft der Integration ist das Arbeitsleben selbst. Hier kamen Deutsche und Ausländer viel stärker in Berührung, als dies damals in der Freizeit möglich war. Am Arbeitsplatz wurden aus Deutschen und Migrantinnen Kolleginnen und Kollegen. Und dies ist eine Leistung beider Seiten.

Und die Integration der Griechen in Deutschland ist gelungen, ohne dass die Griechen sich verleugnet oder ihre kulturellen Eigenheiten aufgeben hätten. Die Vielzahl griechischer Vereine belegt dies. Die Griechen galten den deutschen Behörden deshalb als „Unauffällige Minderheit“.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ohne die Probleme und Schwierigkeiten zu verniedlichen, die es selbstverständlich auch bei uns gegeben hat:

Wir Gewerkschaften können eine gute Bilanz vorweisen. Eine Bilanz, die auf Akzeptanz und Verständigung beruht. Eine Bilanz, in deren Mittelpunkt das Miteinander am Arbeitsplatz, in unserer gemeinsamen Gewerkschaft und zu Hause in der Nachbarschaft steht.

Diese Erfolgsgeschichte wäre nie geschrieben worden, wenn es nicht all die vielen Kolleginnen und Kollegen - mit Migrationshintergrund genau so wie deutsche - gegeben hätte, die sich tagtäglich für dieses Miteinander einsetzen.

Deswegen möchte ich zu allererst all den vielen Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, den Betriebsräten, den Ehrenamtlichen sowie Hauptamtlichen in den Gewerkschaften danken, die dieses Beispiel gelebter Solidarität vorgelebt haben. Sie alle verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Wir als Gewerkschaft starteten deshalb eine ganze Reihe von begleiteten Aktivitäten. Ich erinnere daran, dass vor dem Hintergrund einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, die IG BCE bereits im Jahr 1977 grundlegende Vereinbarungen initiiert hat, um benachteiligte Jugendliche zu fördern, zu denen viele Jugendliche mit Migrationshintergrund zählten.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Veranstaltung findet in einer Zeit statt, in der die Themen, mit denen wir uns seit langem befassen, aktueller sind als je zuvor.

Wir müssen uns fragen, wie wir zukünftig unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft, unter den Bedingungen eines zusammenwachsenden Europas und der offenen Grenzen die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern regeln.

Und wir müssen uns fragen: Wie kann es gelingen, diese Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren?

Aber auch in anderer Hinsicht sind diese Themen aktuell, und ich füge hinzu: mehr als uns lieb sein kann.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die sich immer wieder in unmenschlichen Gewaltakten entladen, zeigen uns, dass es immer noch Menschen in unserem Lande gibt, die gegen alle Regeln des menschlichen Zusammenlebens, gegen die elementarsten Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaft verstoßen.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland darf kein Klima der Intoleranz gegen Minderheiten entstehen. Notwendig sind Respekt und Sicherheit für alle.

Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen Ausländerfeindlichkeit und treten für Menschlichkeit und Toleranz ein. Rechtsextremismus muss von unserem Staat entschlossen und mit der notwendigen Härte bekämpft werden.

Die Zivilcourage aller in Deutschland lebender Menschen muss gefördert werden. Schweigen und Übersehen bedeuten schon Dulden. Wegschauen und Ausweichen sind unsere Sache nicht.

Diese Veranstaltung ist zugleich ein Symbol für den Geist des Miteinanders, für friedliches Zusammenleben, für eine jahrzehntelange Aufbauarbeit, die von Vertrauen und von Menschlichkeit getragen ist.

Wir dürfen es nicht zulassen, und wir werden es auch nicht zulassen, dass die Früchte dieser Arbeit von Menschen zerstört werden, deren Denken und Handeln gegen unsere gemeinsamen Ziele und Überzeugungen steht.

Meine Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

mittlerweile wird akzeptiert, dass Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden ist.

Integration wird als notwendige Aufgabe angesehen. Der Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz signalisieren diese Veränderungen.

Europaweit setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch angesichts der Alterung der Bevölkerung und des Mangels an qualifizierten Arbeitnehmern eine aktive Einwanderungspolitik erforderlich ist.

Zukunftsfähig sind Staaten, die die Einwanderung auch als Gestaltungselement zur Bewältigung der demographischen Herausforderung betrachten.

In Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten muss die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben - unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit - ermöglicht werden.

Gleichzeitig erwarten wir von ihnen, dass sie die Teilhabemöglichkeiten auch aktiv nutzen.

Das sind die zwei Seiten einer Medaille.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den Unternehmen gibt es noch zahlreiche Aufgaben die vor uns liegen:

Angesichts der durch den kulturellen Hintergrund erlangten Fähigkeiten und Erfahrungen, die die Migrantinnen und Migranten besitzen, fordern wir die Unternehmen auf:

Einerseits weitere Betriebsvereinbarungen zum „Partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz“ abzuschließen;

andererseits die Vielfalt in den Betrieben durch Diversity-Management-Konzepte besser zu nutzen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erlauben sie mir, bevor ich am Schluss meiner Ausführungen kurz auf die Finanzkrise Griechenlands eingehe, eine kurze Zwischenbemerkung.

Zu Zeiten der griechischen Militärjunta, der Obristenherrschaft von 1967 – 1974, weitete sich die Solidarität Deutschlands mit den Griechen aus. Nicht nur die griechischen Gastarbeiter, sondern auch der griechische Widerstand gegen die Obristendiktatur in Griechenland selbst wurde wesentlich von der deutschen Sozialdemokratie, den deutschen Gewerkschaften und der evangelischen Kirche unterstützt.

Seitdem verbindet Deutschland und Griechenland eine tiefe Freundschaft.

Und jetzt möchte ich nicht, dass diese tiefe Freundschaft und Sympathie füreinander durch reißerische und verzerrende Berichte über die griechische Krise vor allem durch die Boulevardmedien beschädigt wird.

Ich bin sicher: Griechenland will selbst handeln, um die strukturelle Schwächen in der seiner Finanzpolitik zu beseitigen und die enorme Staatsverschuldung abzubauen. Dieses Land ist im positiven Sinne zu Stolz, sich zum Spielball zu machen.

Die Ursachen liegen aber bei weitem nicht allein in Griechenland. Wie sonst würde auch Deutschland in einem beispiellosen Akt Banken und Unternehmen, Beschäftigung wie Sozialstaat retten.

Die gesamte Debatte um die „griechische Tragödie“ wird in Deutschland leider auf einem bemerkenswerten niedrigen ökonomischen Niveau, unter Außerachtlassung der Komplexität der weltweiten Zusammenhänge geführt.

Bisher habe ich eher den Eindruck, dass man den Esel (Griechenland) schlägt, um von den Ursachen, den notwendigen Re-Regulierungen des weltweiten Finanzsystems und der Frage abzulenken, wer denn die unglaublich hohen Schäden, die unverantwortliche Spekulation und Gier ausgelöst haben, letztlich bezahlen soll.

Es ist wahr, dass Griechenland eine Reihe von systemischen Schwächen in seiner Wirtschaft und Gesellschaft aufweist, die es dringend und schon seit längerem angehen muss.

Aber die Leidtragenden sind die Menschen in Griechenland und nicht die Finanzmärkte. Sie profitieren zum Teil sogar.

Für die nationale Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik trägt selbstverständlich Griechenland die Verantwortung.

Für die Krise der Finanzmärkte, das Spekulieren und für die strukturelle Bedrohung des Euros mit Sicherheit nicht. Dafür ist das Land definitiv zu klein. Da zeigen die Verantwortlichen mit dem Finger auf andere, um von sich selbst abzulenken.

Jetzt braucht Griechenland unsere solidarische Hilfe. Deutschland war auch schon einmal auf uneingeschränkte Solidarität angewiesen. Das sogar von Ländern, denen wir unglaubliches Leid angetan haben. Und es ist im Interesse Deutschlands, dass Europa und Griechenland nicht wackeln.

Es geht nicht nur um die Höhe der Hilfe. Es geht um die Geschwindigkeit. Jeder Tag kostet Milliarden und erhöht das Risiko für alle.

Handeln und nicht Zaudern ist das Gebot der Stunde.

Und es muss endlich Schluss sein mit der unglaublichen medialen Hetzkampagne.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa kann nur in Frieden und Wohlstand leben, wenn sich auch vor seiner Haustüre Frieden, Freiheit, Recht und ein erträgliches Maß an Wohlstand ausbreiten. Dafür brauchen wir ein stabiles, erfolgreiches und auch nach außen handlungsfähiges Griechenland – denn ohne es gibt es keine dauerhafte Stabilität auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

--

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie
-Die Zukunftsgewerkschaft-

Königsworther Platz 6
30167 Hannover

0511/7631-444